UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
DEC 14 1936

Zweite Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro Gm. b. H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 23. November	Nr. 1556

Ungeheuerlicher Willkürspruch in Nowosibirsk.

Moskau, 22. November. Im Nowosibirsker Schauprozeß wurden am Sonntag sämtliche neun Angeklagten zum Tode verurteilt, darunter auch der deutsche Bergingenieur Stickling.

Der Spruch des Gerichts ist als endgültig anzusehen und unterliegt keiner Berufung mehr. Die Angeklagten haben lediglich die Möglichkeit, ein Gnadengesuch einzureichen.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, hat daraufhin sofort bei der Sowjetregierung eine Demarche unternommen, wobei er die Unglaubwürdigkeit der gegen Stickling erhobenen Anklagen hervorhob und als erste Maßnahme forderte, daß die Durchführung des Gnadengesuches rechtzeitig sichergestellt wird.

Das Beileid der SM.

Berlin, 22. November. Der Stabschef der S A. hat folgendes Telegramm an Generaladmiral Raeder-Berlin gesandt:

„Soeben erfahre ich von dem schweren Verlust, den die junge deutsche Kriegsmarine durch den Untergang des Unterseebootes „U 18" erlitten hat und der acht Marineangehörigen das Leben kostete. Zugleich im Namen der gesamten SA. spreche ich Ihnen und der deutschen Kriegsmarine mein tief empfundenes Beileid aus.

Viktor Lutze."

Die Tagung der Reichsstelle zur Förderung des Schrifttums.

Berlin, 21. November. Nach der feierlichen Eröffnung der Ausstellung „Das politische Deutschland" und einer Besichtigung der Einrichtungen der Preußischen Staatsbibliothek durch die Teilnehmer der Tagung der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums wurde im Studentenhaus das Arbeitsprogramm weiter abgewickelt.

Am Vormittag hatte Staatsrat Hanns Johst noch einmal seine grundlegenden Ausführungen, die er in Weimar machte, vor den politischen Mittlern des deutschen Schrifttums wiederholt. Weiter sprach Dr. Hüttl vom Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte.

Die Arbeitstagung wurde beschlossen mit einem Referat von **Dr. Leibbrandt** vom Außenpolitischen Amt der NSDAP., der über die Entwicklung des Weltbolschewismus in Europa sprach.

Der Berliner Besuch Dr. Schmidts.

Wien, 21. November. Die Hoffnung auf einen Gegenbesuch des Reichsaußenministers von Neurath in Wien wird hier allgemein mit freudiger Genugtuung verzeichnet. Man sieht darin ein neues Zeichen dafür, daß der Faden der gegenseitigen Fühlungnahme nicht abreißt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß seit langem kein politisches Ereignis einen so tiefen Eindruck bei der Bevölkerung und in der Presse hinterlassen hat wie diese erste persönliche deutsch-österreichische Fühlungnahme nach dem 11. Juli.

Staatssekretär Schmidt an Neurath und Göring.

Wien, 22. November. Der Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Guido Schmidt, hat nach seiner Ankunft in Wien an den deutschen Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, folgendes Telegramm gerichtet:

„Von der freundlichen Aufnahme, die mir in Berlin bereitet wurde, von meinen Gesprächen mit Eurer Exzellenz und den hohen Persönlichkeiten, mit denen ich in Fühlung zu treten die Ehre hatte, begleiten mich die angenehmsten Eindrücke in meine Heimat. Indem ich Euer Exzellenz bitte, meinen aufrichtigsten Dank für die mir erwiesenen Liebenswürdigkeiten entgegennehmen zu wollen, gebe ich meiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die in Berlin aufgenommene persönliche Fühlung in hohem Maße der von beiden Regierungen offen und aufrichtig angestrebten Wiederherstellung freundschaftlicher und herzlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gedient hat. Ich bitte Ew. Exzellenz, diesen meinen Dank an Seine Exzellenz, den Herrn Reichskanzler übermitteln zu wollen. Genehmigen Euer Exzellenz die Versicherung meiner aufrichtigsten Wertschätzung.

Guido Schmidt."

An den Ministerpräsidenten Generaloberst Göring richtete der Staatssekretär folgendes Telegramm:

„In herzlicher Erinnerung an den getragen liebenswürdigen Empfang in Ihrer Wohnung und unter dem tiefen Eindruck stehend, den ich während der anschließenden Führung vom Aufschwung des deutschen Flugwesens empfangen habe, obliegt es mir, für das hohe Maß der entgegengebrachten freundlichen Gesinnung freundlichst zu danken. Besonderen Dank bitte ich für die gütige Ueberlassung des Sonderflugzeuges übermitteln zu dürfen, das mich in herrlicher Fahrt glücklich nach Wien brachte.

Schmidt."

Beileid der englischen Admiralität zum Sinken von „U 18".

London, 22. November. Die englische Admiralität hat an das Oberkommando der deutschen Kriegsmarine anläßlich des Untergangs von „U 18" folgendes Telegramm gesandt:

„Die englische Admiralität hat mit Bedauern von dem Sinken des Unterseebootes 18 und dem Verlust von 8 Mann des Bootes gehört. Sie drückt auf diesem Wege ihre tiefste Teilnahme aus."

Dr. Schachts Besuch in Teheran.

Teheran, 21. November. Reichsbankpräsident Dr. Schacht besuchte am Sonnabend vormittag zu einer zweistündigen Unterredung den Leiter der Iranischen Nationalbank General Amir Khosrowi. Im Anschluß daran besuchte Dr. Schacht den Parlamentspräsidenten Nasri Esfendiari. Abends fand ein Essen bei Außenminister Samiy statt.

Die „Humanité" in der Schweiz verboten.

Bern, 21. November. Nach einer Meldung des Berner „Bund" ist auf Grund des Bundesratsbeschlusses über Maßnahmen gegen kommunistische Umtriebe die Einfuhr der französischen kommunistischen Zeitung „Humanité" in die Schweiz bis auf weiteres verboten worden.

Gegen den Wahnsinnspakt mit Moskau.

Paris, 21. November. Einen energischen Vorstoß gegen den französisch-sowjetrussischen Pakt unternimmt die **Liberté.** Das Blatt hält die Anerkennung der spanischen Nationalregierung durch Deutschland und Italien für durchaus logisch und bezeichnet diese Anerkennung als die unmittelbare Antwort auf den bolschewistischen Versuch, aktiv in Spanien einzugreifen. Die Zwischenfälle, zu denen die Lage führen könnte, würden aber die Sowjets erst recht bestimmen, den französisch-sowjetrussischen Pakt geltend zu machen und Frankreich in die schlimmsten Verwicklungen zu ziehen. So alle jene diese ungeheuerliche Kombination aus, die arme Tree in Frankreich als „die trefflichste Friedensbürgschaft" feierten.

Auch das **Journal des Débats** wendet sich scharf gegen den Sowjetpakt. Das Blatt äußert besonderes Verwundern, daß ein somit so einsichtiger Mann wie der rechtsstehende Abgeordnete Reynaud für die Verstärkung des Sowjetpakts durch eine regelrechte Militärbündnis werben könne. Er müsse doch vor allem bedenken, daß ein enger Zusammenschluß zwischen Sowjetrußland Frankreich die Freundschaft entfremde, die Eden erst kürzlich so stark unterstrichen habe.

Strickereifabrik von der Belegschaft besetzt.

Paris, 21. November. In Toulouse hat die Belegschaft einer großen Strickereifabrik die Arbeit niedergelegt und das Werk besetzt. Die Fabrik und ihre Zweigniederlassungen beschäftigen insgesamt 12 000 Arbeiter.

Eisenbahnwagen mit Pulverladung nach Spanien verschoben.

Paris, 22. November. Der **Matin** berichtet, daß ein Güterwagen eines mit Pulver beladenen Güterzuges, der von der staatlichen Pulverfabrik in Toulouse nach dem Elsaß abgerollt war, unterwegs verschwunden ist.

Die Untersuchung hierüber fand eine rasche, aber für die französische Militärbehörde höchst peinliche Aufklärung.

Die Untersuchung hat nämlich ergeben, daß der Waggon mit 6600 kg Pulver von unbekannten Tätern nach der Pyrenäengrenze verschoben worden ist, und zwar nach dem Grenzbahnhof Cerbère.

Der dortige Bahnhofsvorsteher hatte ein Telegramm erhalten, das den Anschein hatte, als ob es von behördlicher Seite kam, und daß das anordnete, den Waggon nach Elne (Pyrenäen) weiterzuleiten. Als Empfänger war telegraphisch ein gewisser Dupont angegeben. Nachdem der Waggon in Elne eingetroffen war, erschien auch tatsächlich ein Mann, der sich als Dupont ausgab, den Wagen in Empfang nahm und die Pulverladung auf einen großen Lastkraftwagen umladen ließ, mit dem er dann verschwand.

Wie die Untersuchung ergab, hat Dupont sich sehr wahrscheinlich nach dem nahe gelegenen Spanien bzw. Katalonien begeben. Zur Zeit versucht man, die Mittäter Duponts ausfindig zu machen.

500 Obdachlose durch den Riesenbrand in Angers.

Paris, 22. November. Der Sachschaden, der bei dem Warenhausbrand in Angers angerichtet worden ist, wird mit 50 Millionen Franken veranschlagt, zumal das Feuer auf einen ganzen Häuserblock übergegriffen hatte.

Die Feuerwehr von Angers war den Sonntag über noch mit Aufräumungs- und Löscharbeiten in dem Stadtviertel beschäftigt.

Mehr als 500 Personen sind durch das Unglück obdachlos geworden. 15 Feuerwehrleute wurden bei den Löscharbeiten mehr oder weniger schwer verletzt. Eine Frau kam in den Gluten um. 37 Häuser sind völlig oder teilweise zerstört.

„Triduna" fordert rasche Entscheidung in der Spanienfrage.

Rom, 21. November. Rasche Entscheidungen in der spanischen Frage verlangt der Direktor der Tribuna und wendet sich dabei vor allem an England, das, obwohl der Krieg für die Mittelmeerländer plötzlich unvorhergesehene Folgen haben könne, immer noch zögere, beide Parteien wenigstens als kriegführende Parteien anzuerkennen. Obwohl das zerstörerische Treiben Sowjetrußlands nicht nur gegen das faschistische Regime, sondern gegen die Ordnung in ganz Europa überhaupt gerichtet sei, wolle man immer noch hartnäckig diese Gefahr leugnen und sich dem Ernst der Drohung verschließen, während man doch gerade auch in England allen Grund habe, das kommunistische Treiben zu fürchten. Die europäischen Nationen hätten die Pflicht, den spanischen Konflikt räumlich zu begrenzen und seine plötzliche Ausdehnung mit allen Mitteln zu verhindern. Das ist nur durch Anerkennung der beiden Parteien als kriegführende Mächte möglich.

Ebenso entschlossen müsse auch das weitere, viel ernstere und verwickeltere Problem, angepackt werden, nämlich die unverhüllte Aktion Sowjetrußlands. Europa müsse vor dem Uebergreifen des Kommunismus bewahrt werden. Welche Haltung, so fragt das Blatt, wollten die heute noch immer unentschlossenen Nationen einnehmen, wenn morgen Sowjetrußland in Katalonien eine Sowjetrepublik errichte? Wolle man etwa abwarten, bis die Explosion geschehen sei, und zu Hilfe eilen, wenn es zu spät sei?

Die Warnung der spanischen Nationalregierung.

London, 21. November. Die englische Presse verzeichnet es als Sensation, daß die spanische Nationalregierung Frankreich und der Sowjetunion ankündigt habe, sie werde alle Schiffe, die Waffen nach Barcelona bringen, versenken. Alle Blätter veröffentlichen diese Warnung in großen Ueberschriften.

Evening Standard meint, daß sich daraus neue Schwierigkeiten für die französische Regierung ergeben könnten. Denn Frankreich müsse sich nun entscheiden, was aus seinen Kriegsschiffen werden solle, die in Barcelona vor Anker liegen. Wenn, was Königheit gebiete, diese Schiffe aus dem Hafen zurückgezogen werden sollten, könnte das von den Ultralinken in Frankreich dahin gedeutet werden, daß man der Absicht der spanischen Nationalregierung, Barcelona vom Meere abzuriegeln, zustimme. Bleiben die Schiffe aber, so würden sie großer Gefahr ausgesetzt.

Die neutrale Zone in Madrid erweitert.

London, 21. November. Die spanische Nationalregierung hat sich in einer Mitteilung an die englische Regierung bereit erklärt, die Schutzzone im Nordosten Madrids, die nicht beschossen werden soll, weiter auszudehnen, so daß jetzt auch die Botschaften Englands, Amerikas und anderer Staaten in der neutralen Zone liegen. Das Gebiet ist für Ausländer und Nichtkämpfer vorgesehen.

Sicherheitszone im Hafen von Barcelona abgelehnt?

London, 21. November. Evening Standard behauptet, im spanischen Rundfunk sei am Sonnabend nachmittag bekannt gegeben worden, daß die spanische Nationalregierung die Schaffung einer Sicherheitszone im Hafen von Barcelona ablehne. Somit habe die spanische Nationalregierung eine der beiden Forderungen der britischen Regierung bereits abgelehnt. Die Beantwortung der zweiten Forderung, daß vor Beginn der Beschießung eine Warnung erfolgen solle, damit sich die britischen Staatsangehörigen rechtzeitig in Sicherheit bringen könnten, stehe noch aus.

Besuch des belgischen Ministerpräsidenten in London.

London, 21. November. Am kommenden Donnerstag wird der belgische Ministerpräsident van Zeeland in London eintreffen. Offiziell wird als Grund dieser Reise mitgeteilt, daß er an einem Essen der Internationalen Handelskammer teilnehmen werde. In London rechnet man jedoch damit, daß er mit Eden eine längere Unterredung haben wird.

Der rumänische Verkehrsminister in Belgrad.

Belgrad, 21. November. Der rumänische Verkehrsminister Franasovici ist in der vergangenen Nacht hier eingetroffen, um mit dem jugoslawischen Verkehrsminister Dr. Spaho das Abkommen über den Bau der großen jugoslawisch-rumänischen Donaubrücke bei Turn-Severin zu unterzeichnen. Die Arbeiten zu dem Brückenbau sollen bereits im kommenden Frühjahr beginnen.

In hiesigen Kreisen nimmt man an, daß der Belgrader Aufenthalt von Franasovici auch zu einem politischen Gedankenaustausch Anlaß geben wird.

Die Kämpfe in Suiyuan.

Peiping, 21. November. Der erste Abschnitt der Kämpfe in Ostsuiyuan im Raume westlich von Schangtu ist anscheinend zugunsten der chinesischen Verteidiger abgeschlossen worden. Die Angreifer haben jedenfalls selbst ihren Rückzug auf Schangtu gemeldet. Dagegen scheinen die unorefindenen Truppen im südlichen Frontabschnitt ziemlich weit auf Pingtikuan vorgedrungen zu sein. Westlich von Pingtikuan soll sogar ein Hundstreich auf die Suiyuan-Bahn verübt, aber abgeschlagen worden sein. Als bedenklich wird in Kreisen der Nanking-Regierung ein Meldung bezeichnet, die von einer nördlichen Flankenbewegung der angreifenden Truppen über Pailingmiao spricht.

Die offiziöse chinesische Nachrichtenagentur „Central News" beziffert die Stärke der angreifenden Truppen auf 23 000.

Ein Manifest des chinesischen Bandenführers Wang Ying.

Peiping, 21. November. Der Angriff auf Suiyuan erhält ein wesentlich verändertes Gesicht durch ein Manifest, das von dem Oberkommandeur der chinesischen Freiwilligenarmee in der Mongolei, Wang Ying, und dem Chef der Politischen Abteilung, Chang Ming, unterzeichnet ist. Dieses auf den Straßen von Peiping und Tientsin öffentlich verteilte und jetzt auch von der hiesigen japanischen Presse wiedergegebene Manifest kündigt eine vom Norden ausgehende „Straferexpedition" gegen den Süden zwecks Befreiung Chinas von der „Tyrannei Tschiang-Kaischeks und der Mißwirtschaft der Nanking-Regierung" an.

Das Manifest bildet im ganzen gesehen einen geradezu grotesken Gegensatz zu dem im Ton wesentlich ruhigeren Rundtelegramm der Mongolenführer. Da Wang Ying auch in hiesigen chinesischen Kreisen gewisse Sympathien besitzt, nimmt man an, der Annahme, daß das Manifest vielleicht gefälscht sein könnte.

Meuterei von Gendarmerietruppen in Osthopei.

Peiping, 21. November. Nach Mitteilung aus Kreisen, die der Nanking-Regierung nahestehen, sollen Teile der längs der Bahnlinie von Peiping nach Mukden stationierten Gendarmerietruppen der Osthopeiregierung gemeutert haben. Schon vor einigen Wochen war es unter diesen Truppen in Folge eines Wechsels im Kommando zu Ausschreitungen gekommen.

Die neuerlichen Zwischenfälle ereigneten sich während eines Transportes, bei dem ein Eisenbahnzug ausgeplündert und mehrere Fahrräder, darunter auch zwei Veraler der japanfreundlichen Regierung von Osthopei, entführt wurden. Diese beiden Sachverständigen, die japanischer Nationalität sein sollen, sind inzwischen wieder in Freiheit gesetzt worden. Etwa 400 Meuterer sind entkommen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.